

Jugendstudie Wien 2012

Jugend zwischen Pop, Job und Politik



Institut für Jugendkulturforschung
Alserbachstraße 18 – 1090 Wien

Studien-Info: Jugendstudie Wien 2012

Titel der Studie:	Jugendstudie Wien 2012: Jugend zwischen Pop, Job und Politik Repräsentativumfrage unter 16- bis 19-jährigen Jugendlichen in Wien
Eigenstudie:	Institut für Jugendkulturforschung, Alserbachstr. 18/7. OG, 1090 Wien
Stichprobe:	Quotenstichprobe nach Mikrozensus der Statistik Austria, n=400 (quotiert nach Alter, Geschlecht und Bildung und Migrationshintergrund)
Art der Befragung:	telefonisch
Befragungszeitraum:	13.8. bis 4.9.
Fragebogen:	9 geschlossene, 2 offene Fragen
Themen:	Zukunftsoptimismus/Zukunftspessimismus – Musikpräferenzen – Einstellung zu bildungspolitischen Themen – Migrationsoptimismus/Migrationspessimismus – Jugendbild Erwachsener – Gesellschaft und Politik – Positionierung im Rechts-Links-Schema – Parteipräferenz/Sonntagsfrage
Studienleitung:	Dr.in Beate Großegger, Mag. Bernhard Heinzlmaier, MMag. Manfred Zentner
Mitarbeit:	Matthias Rohrer, Mag.a Johanna Uttenthaller
Statistik:	MMag. Manfred Zentner

Jugendstudie Wien 2012: Jugend zwischen Pop, Job und Politik

Studienkommentar von Co-Studienleiter Mag. Bernhard Heinzlmaier

Druck, Stress und soziale Anpassungsbereitschaft

Über 70 % der befragten Wiener Jugendlichen geben an, dass es in ihrem Bekanntenkreis viele junge Menschen gibt, die sich in Schule und Arbeit gestresst fühlen, weil sie überfordert sind. Überforderung ist ein typisches Gefühl in einer Zeit, in der Angebotsvielfalt, Veränderungen in Höchstgeschwindigkeit und überzogener Individualismus zusammenkommen. Das sind die wichtigsten Gründe, warum viele Jugendliche heute in der Schule, am Arbeitsplatz und in ihrer Lebenswelt nicht nur überfordert, sondern vielfach auch desorientiert sind. Schon alleine aufgrund der vielen Alternativen weiß man nicht mehr, wofür man sich entscheiden soll, und die hinzukommende große Geschwindigkeit, in der Entscheidungen abverlangt werden, führt immer häufiger dazu, dass junge Menschen, die nicht mithalten können, in Passivität sinken und gar nicht mehr handeln.

Gleichzeitig führt ein überzogener Individualismus dazu, dass der Einzelne für sein Schicksal selbst verantwortlich gemacht wird. Die Folge ist, dass das Individuum biographische Ereignisse verantworten muss, die nur zum Teil im Bereich seines persönlichen Entscheidungsvermögens liegen. Wer am Arbeitsmarkt scheitert, ist selbst schuld, auch wenn es in der Region, in der er lebt, für seine Qualifikationen keine Nachfrage gibt. Oder ein anderes Beispiel: Wer in der Schule nicht mitkommt, dem fehlt es an Willenskraft, so heißt es – auch dann, wenn er durch seine soziale Herkunft einen unausgleichbaren Mangel an kulturellem Kapital aufweist, der ihn gegenüber seinen MitschülerInnen krass benachteiligt und den er wohl in keiner Weise selbst zu verantworten hat, ist er doch seiner Herkunft geschuldet. In Zeiten des überzogenen Individualismus wird nicht mehr nach den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Umständen gefragt, die die Biographie des Einzelnen prägen. Im Gegenteil, man meint immer wieder argumentieren zu müssen, dass der Einzelne alles vermag und es deshalb nur am mangelnden Willen liegen kann, wenn er nichts erreicht.

Wird das Individuum durchgehend unter Stress gesetzt, indem man es unter permanenten Selektions- und Leistungsdruck hält, und lasten Politik und Gemeinschaft dem Einzelnen zudem ohne Einschränkung und Ausnahme die gesamte Verantwortung für sein persönliches Leben auf, so führt dies zum massenhaften Entstehen eines Sozialcharakters, der in der Unterordnung und der stillen Kritiklosigkeit sein Heil sucht. Vor allem in den

Bildungsinstitutionen zeigt sich mehr und mehr ein Verhaltenstypus, der das tut, was man ihm sagt, und der, so gut es geht, versucht, unterhalb des institutionellen Aufmerksamkeitsradars durchzusegeln. Wer möglichst freundlich, unauffällig und still ist, der bringt es am weitesten, so die Devise der Mehrheit der SchülerInnen und StudentInnen. Und so ist es kaum verwunderlich, wenn fast 50% der Wiener 16- bis 19-jährigen der Aussage zustimmen, dass man am besten das macht, was von LehrerInnen und Vorgesetzten verlangt wird, egal ob man es für richtig oder falsch hält. Und ebenfalls 50% sind überzeugt davon, dass es in den Schulen und Universitäten nicht gerne gesehen wird, wenn kritische Fragen zu den Lehrinhalten gestellt werden. Um mit Adorno zu sprechen, diesen Jugendlichen geht eine der wichtigsten Kompetenzen ab, die für die Aufrechterhaltung demokratischer Verhältnisse essentiell ist: die Fähigkeit „nein“ sagen zu können.

Dass das Image der „Nein-SagerInnen“ in unserer Gesellschaft nicht gerade gut ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass rd. 50 % der Befragten der Aussage, dass Studierende lieber etwas lernen sollten, als ständig zu demonstrieren, zustimmen können. Hier zeichnet sich das Ideal eines Staatsbürgers ab, der sich in der Öffentlichkeit ruhig und unauffällig verhält und der im Ausgleich dafür im Privaten sein stilles Familienglück genießen darf. Ein aktiver Bürger, der die von der Obrigkeit vorgegebenen Partizipationswege verlässt (z.B. Wahlen, Volksbefragungen etc.) und seinen politischen Willen in so genannten außerparlamentarischen Formen zum Ausdruck bringt, wird nicht mehr akzeptiert. Die Werte und Einstellungen eines großen Teils der Wiener Jugendlichen widerspiegeln eine Gesellschaft, in der das Allgemeine dabei ist, über das Einzelne zu triumphieren und in der die Spielräume für unangepasstes Verhalten nur scheinbar größer geworden sind. Die Handlungsräume des Einzelnen sind nämlich nur dort größer geworden, wo es um das kommerzielle Spiel mit den vielfältigen Formen der Mode geht, hingegen werden die Wege des Einzelnen in den Bildungsinstitutionen und in der Arbeitswelt enger geführt als je zuvor. Studierende der verregelten und verschulden Universitäten und Fachhochschulen der Gegenwart können ein Lied davon singen. Mehr denn je ist in den höheren Bildungsinstitutionen der Typus des angepassten Mitmachers gefragt, weniger denn je der des kritischen Freigeistes.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass unser gegenwärtig vielgepriesener Individualismus ein unvollständiges, halbiertes Individuum verlangt. Das halbierte Individuum wird immer dann aufgerufen, aktiv zu sein, wenn es um persönliche Leistungsfähigkeit und individuelle Verantwortung geht. Hingegen wird ihm bedeutet, ruhig, zurückhaltend und bestenfalls konventionell aktiv zu sein, wenn es um politische oder wirtschaftliche

Entscheidungen und Auseinandersetzungen, um die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge geht.

Bildung und soziale Ungleichheit

Wir leben in Österreich noch immer in einer soziokulturell gespaltenen Gesellschaft. Vor allem in den Bildungsinstitutionen werden die alten sozialen Ungleichheiten konserviert und reproduziert. Dies bedeutet, dass die Kinder der in der Sozialhierarchie unteren Schichten unten bleiben, die der Oberen bleiben oben. Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel.

Dass die Universitäten nach wie vor in erster Linie den Kindern aus höheren Bildungsschichten vorbehalten sind, weil deren Habitus besser in den universitären Kulturraum passt, darüber ist sich die Mehrheit der 16- bis 19-jährigen WienerInnen völlig im Klaren. So stimmen knapp 60 % der Aussage „Jugendliche aus Akademikerfamilien tun sich an den Universitäten leichter“ zu.

Die Matura ist in den Augen der Wiener Jugend nach wie vor *der* Bildungsabschluss, durch den entschieden wird, ob man unterhalb oder oberhalb der Respektabilitätsgrenze angesiedelt ist. Für das gesellschaftliche Ansehen ist die Matura ein entscheidender Faktor. Im Gegensatz dazu wird die Lehre in Wien nach wie vor als Ausbildung der unteren Sozialschichten wahrgenommen. Tritt ein Angehöriger der Mittelschicht in den Lehrberuf ein, symbolisiert das einen sozialen Abstieg. Diese distanzierte bis negative Grundhaltung in Bezug auf die Lehre spiegelt sich im Antwortverhalten der jungen WienerInnen deutlich wider: Über 60 % sind der Auffassung, dass Leute mit Lehre in Österreich weniger Ansehen haben als MaturantInnen; nur knapp 10 % stimmen dieser Aussage „gar nicht“ zu.

Interessant ist, dass die große Mehrheit der Befragten entgegen den Realitäten am Wiener Arbeitsmarkt meint, Leute mit Lehre hätten kein größeres Risiko arbeitslos zu werden als AkademikerInnen: Fast 60 % stimmen der Aussage „Leute mit Lehre haben in Österreich ein größeres Risiko arbeitslos zu werden als Leute mit Matura oder mit Studienabschluss“ nicht zu. Offenbar macht hier noch immer der Mythos vom Handwerk mit dem „goldenen Boden“ die Runde.

Fast drei Viertel der Wiener Jugendlichen empfinden es als empörend, dass der Staat den großen Teil seiner Bildungsinvestitionen in höhere Ausbildungsgänge steckt. Sie sind der Auffassung, dass der Staat genauso viel Geld in die Lehrlingsausbildung wie in höhere Schulen und Universitäten investieren müsste.

Aber auch innerhalb der Lehrausbildung brodelt es. So empfinden es rd. 50 % der Befragten als ungerecht, dass in der Bauindustrie viel höhere Lehrlingsentschädigungen gezahlt werden als zum Beispiel im Handel. Ein großer Teil der Wiener Jugendlichen ist der Auffassung, dass in allen Branchen gleich hohe Lehrlingsentschädigungen bezahlt werden sollen. Besonders die jungen Frauen befürworten dies, was nicht weiter verwundert, da sie zum überwiegenden Teil in den „Leichtlohnbranchen“ mit vergleichsweise geringen Lehrlingsentschädigungen arbeiten. Die weiblichen Lehrlinge haben jedenfalls kein Verständnis für die systematische Diskriminierung der jungen Frauen in der Arbeitswelt, die in der Differenz zwischen der Höhe der Lehrlingsentschädigungen in typischen Männerberufen und der in typischen Frauenberufen ihren symbolischen Ausdruck findet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die jungen WienerInnen äußerst sensibel für die ungerechte Verteilung von symbolischem und ökonomischem Kapital sind. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als sich in unserer Gesellschaft ein betriebswirtschaftliches Gerechtigkeitsdenken verallgemeinert hat, das die Verteilung von Ressourcen strikt an das Leistungsprinzip koppelt: Nur wer es sich durch Leistung verdient hat, soll etwas bekommen. Erwerbseinkünfte und der allein über Beziehungen (soziales Kapital) vermittelte soziale Aufstieg geraten in diesem Szenario besonders ins Visier.

Der Blick in die Zukunft: Zukunftsperspektiven 16- bis 19-jähriger

Die Zukunftsorientierung zählt zu den Schlüsselfragen der Werteforschung. Seit den 1980er Jahren wird die Zukunftsorientierung der Jugendlichen in seriösen Jugendstudien, wie zum Beispiel in den deutschen Shell Jugendstudien seit dem Jahre 1981, in zwei Teilbereiche gesplittet abgefragt. In einem Schritt wird nach der persönlichen Zukunftsperspektive und in einem weiteren nach der Zukunftsperspektive der Gesellschaft gefragt. Diese Vorgangsweise berücksichtigt den Umstand, dass die Zukunft, genauso wie die Gegenwart, differenziert erscheint und in mehrere Teilgebiete zerfällt, die unterschiedlich bewertet werden können. Die österreichischen Jugendstudien der letzten Jahre sind weitgehend unberührt von solchen theoretischen Reflexionen und den aus ihnen folgenden methodischen Konsequenzen geblieben. Die Zukunftsorientierung der Jugend wird hierzulande bis zum heutigen Tag meist undifferenziert und eindimensional abgefragt. Dies führt dazu, dass Artefakte entstehen, die nicht mehr interpretierbar sind. Darüber hinaus führt die eindimensionale Abfrage der Zukunftsorientierung zu überwiegend positiven, d.h. zukunftspositivistischen Stellungnahmen, weil die Befragten die Frage meist als auf ihre persönliche Lebenssituation bezogen auffassen. Dies legen jedenfalls die Ergebnisse aller seriöser Jugendstudien, die eine

differenzierte Befragungsmethode wählen, nahe, da sich in ihnen durchgehend eine optimistische Zukunftsperspektive zeigt, wenn es um das eigene, persönliche Leben geht, und eine pessimistische, wenn die Zukunft der Gesellschaft angesprochen wird. Dieser Sachverhalt ist mittlerweile als „Optimismus-Pessimismus-Paradoxon“ in die Theorie über die Jugend unserer Zeit eingegangen.

Das „Optimismus-Pessimismus-Paradoxon“ zeigt auch die aktuelle „Jugendstudie Wien 2012: Jugend zwischen Pop, Job und Politik“. Auch die Wiener Jugendlichen sehen ihre persönliche Zukunft überwiegend „eher zuversichtlich“ (69%), der gesellschaftlichen Zukunft wird hingegen lediglich von 21% „eher zuversichtlich“ entgegen gesehen.

Auch wenn die Jugend zumindest ihrer persönlichen Zukunft mit überwiegend positiven Erwartungen gegenübersteht, ist es bemerkenswert, dass zwei Drittel der Auffassung sind, dass sie es in ihrem späteren Leben schwerer haben werden als ihre Eltern. Für die Jugend ist die Zukunft also kein Pony-Hof. Sie beinhaltet zwar Chancen, gleichzeitig verlangt sie den Menschen, die diese ergreifen wollen, aber alles ab. Die Zukunft wird in erster Linie als Herausforderung gesehen, zum Teil sogar als Kampfplatz, auf dem man sich gegen viele andere, die ebenfalls ihre Chancen nutzen wollen, durchsetzen muss. Die Zukunft ist kein Ort der Harmonie und des sozialen Ausgleichs. Ganz im Gegenteil. Sie ist der Ort, in der die Menschheit sich in Sieger und Verlierer scheidet. Und wer zu den Siegern gehören möchte, muss kämpfen und muss moralisch akzeptieren, dass dort, wo es Sieger gibt, auch Opfer sind. Kaum verwunderlich sind rund 45% der jungen Wiener und Wienerinnen daher auch der Ansicht: Nur wer zuallererst an den eigenen Vorteil denkt, kann in unserer Gesellschaft ein gutes Leben führen.

Wie lässt sich das „Optimismus-Pessimismus-Paradoxon“ erklären?

Die Gründe für das „Optimismus-Pessimismus-Paradoxon“ sind vielfältig und noch zu wenig erforscht. Ihnen sollte in Zukunft mit Hilfe von qualitativ-empirischen Untersuchungen nachgegangen werden. Auf Basis theoriegeleiteter Überlegungen scheinen folgende Hypothesen möglich:

- Hypothese 1: Das „Optimismus-Pessimismus-Paradoxon“ ist Folge von Individualisierungsprozessen in der Postmoderne. Der Mensch nimmt die ihm von der neoliberalen Ideologie aufgedrängte Rolle des selbständigen, unabhängigen, auf eigenes Risiko handelnden Individuums an und glaubt vor allem in jungen Jahren

daran, dass seine persönliche Stärke und Durchsetzungsfähigkeit ausreicht, um sich mit seinen persönlichen Zukunftsentwürfen und Lebenszielen gegen die Logik der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung durchsetzen zu können. So ist es möglich, in einer krisenhaften Gesellschaft persönlich optimistisch in die Zukunft zu blicken, während man die Zukunft der Gesellschaft pessimistisch beurteilt.

- Hypothese 2: Die Gehirnwäsche der vulgär-psychologischen Motivationsdiskurse hat die Jugend weitgehend erfasst. Positives Denken ist zur Pflicht geworden, zumindest was die eigene Person und ihre zukünftigen Ziele betrifft. Aufgrund der vor Positivität tiefenden, allgemeinen gesellschaftlichen Diskurse über das Individuum meint der große Teil der Jugendlichen, dass die Anerkennung der Mitwelt nur durch die marktschreierische Verkündung eines unverbrüchlichen Glaubens an die eigene Selbstwirksamkeit zu gewinnen ist. So wird der persönliche Zukunftsoptimismus zur Pflicht, die man im Interesse des eigenen Vorteils erfüllt.
- Hypothese 3: Große Teile der Jugend empfinden sich als von der Gesellschaft abgekoppelt. Sie haben nicht mehr das Gefühl, dass ihr subjektives Sein etwas mit dem gesellschaftlichen Ganzen zu tun hat. Das Ideal des Neoliberalismus, der „freie Besitzbürger“, wird nun von den jungen Bürgern und Bürgerinnen angenommen. Der „freie Besitzbürger“ denkt betriebswirtschaftlich, nicht volkswirtschaftlich. Betriebswirtschaftliches Denken heißt, mit möglichst wenig Mitteleinsatz möglichst große Einkünfte erwirtschaften. Dem Gemeinwesen, das diesem individuellen Bestreben Widerstand entgegensetzt (durch moralische Prinzipien, informelle Regeln, Gesetze etc.) und das in vielen Bereichen durch den Staat repräsentiert wird, steht der „freie Besitzbürger“ skeptisch bis ablehnend gegenüber. Unabhängigkeit von Staat und Gesellschaft, die sich nicht selten in einer überzogenen Huldigung des Individualismus äußert, gilt ihm als wichtige Voraussetzung des Erfolges. So zerfallen Gesellschaft und Individuum in gegensätzliche, voneinander unabhängige Entitäten und es erscheint möglich, unter der Voraussetzung, dass man zu den Gewinnern gehört, in einer krisenhaften und leidenden Gesellschaft glücklich, zufrieden und optimistisch zu sein, vor allem dann, wenn man sich konsequent betriebswirtschaftlich verhält.

Wie denkt die Wiener Jugend über Gesellschaftspolitik und Institutionenpolitik?

Die Jugend scheint von den traditionellen Begriffen und Formen der Politik weitgehend entfremdet. Paradigmatisch dafür steht das Links-Rechts-Schema, das den Jugendlichen in seiner ursprünglichen Inhaltlichkeit kaum mehr nachvollziehbar oder verständlich ist. Aufgrund

der diffusen ideologischen Selbstdarstellung der Parteien gibt es aber auch für jene Jugendlichen, für die die Begriffe „links“ und „rechts“ noch etwas bedeuten, kaum nachvollziehbare Anhaltspunkte in den inhaltlichen und symbolischen Äußerungen der Parteien, welche auf der Links-Rechts-Achse einordenbar wären. Und so verschwindet mit einer politischen Praxis, die sich an der Links-Rechts-Achse ausrichtet, auch nach und nach ein Bewusstsein, das in der Lage ist, politische Programmatiken und Handlungsweisen in das Links-Rechts-Schema einzuordnen.

Mit ihrer Orientierung auf die gesellschaftliche Mitte, d.h. auf den Bewußtseinsdurchschnitt der Gesellschaft, oder durch von Politikberatern und Politikerinnen angeregte Kommunikationsstrategien wie zum Beispiel dem „Double Shuffle“ (Stuart Hall), bei dem von beiden Enden des politischen Spektrums jeweils eine Leitidee übernommen wird, haben sie aktiv zur Verwirrung der Menschen und damit zu Entpolitisierung und zur Ausbreitung von politischem Desinteresse beigetragen. Eine Politik, die es an klaren Konfliktlinien vermissen lässt und in der es den handelnden Parteien an nachvollziehbaren Interessensprofilen mangelt, ist weder spannend noch ist sie in der Lage, junge Menschen in politisch aktive, geistig wache und kollektiv handelnde BürgerInnen zu verwandeln. Was übrig bleibt, sind Wähler und Wählerinnen, die sich von flüchtigen Stimmungen leiten lassen, welche aufgrund der von Politikberatern angeleiteten symbolischen Inszenierung entstehen, und die über den Wahllakt hinaus zu keiner politischen Aktivität mehr bereit sind.

Das einzige Gegensatzpaar, das heute unter Jugendlichen noch relativ klar zwischen „links“ und „rechts“ differenziert, ist „pro Ausländer“ versus „contra Ausländer“, d.h. links gilt als „ausländerfreundlich“, rechts als „ausländerfeindlich“. Aber auch diese gegenwärtig dominierende Deutung von links und rechts, das zeigen qualitative Explorationen, könnte möglicherweise über kurz oder lang durch den im Entstehen begriffenen Typus des „linken Zuwanderungsskeptikers“ seine Plausibilität verlieren. Auch die linken Ideologien immunisieren nicht automatisch gegen ausländerfeindliches Gedankengut.

Betrachtet man nun die Selbstzuordnung der Wiener Jugendlichen im Polaritätenprofil des Links-Rechts-Schemas, so zeigt sich, dass sich fast die Hälfte von ihnen in der diffusen Mitte verortet. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Entfremdung der Jugend vom großen politischen Gegensatzpaar der Moderne und gleichzeitig eines für deren zunehmende politische Desorientierung. Die Folge ist, dass sich viele aus der Politik heraushalten, weil sie nicht genau wissen, was die einzelnen Parteien wirklich wollen, und was es bedeutet, wenn man diese wählt. Eine Mehrheit der Jugendlichen hat offensichtlich den Eindruck, dass es

immer schwerer wird, den „politischen Pudding“ an die Wand zu nageln. Das heißt, es wird immer schwieriger, die politischen Positionen der Parteien zu erkennen, vor allem deshalb, weil moderne Medientechnologien in Kombination mit professioneller Kommunikations- und Politikberatung ein neues, bisher unbekanntes Potential an Manipulationsmöglichkeiten erschließen. So ist es nicht verwunderlich, dass Politik für viele nur mehr als mehr oder weniger geschickte Form der lavierenden und manipulierenden Kommunikation verstanden wird, die nichts mehr mit der Repräsentation von Bürgerinteressen zu tun hat. Aus einer solchen Haltung entspringt wohl auch die zunehmende Skepsis der jungen Menschen gegenüber der repräsentativen Demokratie und deren große Sympathie für direkte Formen der Partizipation. Die Jugend entwickelt vor allem deshalb ein so großes Interesse für direkte Formen der politischen Mitbestimmung, weil die handelnden Personen des repräsentativen politischen Systems für sie jegliche moralische Legitimation und damit weitgehend die Glaubwürdigkeit verloren haben.

Betrachtet man nun jene Jugendlichen, die sich noch tendenziell nach links oder nach rechts zu orientieren vermögen, so zeigt sich, dass sich deutlich mehr Wiener Jugendliche dem linken politischen Spektrum zugehörig fühlen (rd. 36%) als dem rechten (rd. 11%).

Dass viele junge Wiener und Wienerinnen der repräsentativen Demokratie skeptisch gegenüberstehen, macht die hohe Zustimmung zur Aussage „Alle paar Jahre wählen zu dürfen, ist mir zu wenig; bei wichtigen Entscheidungen sollte das Volk auch zwischen den Wahlen befragt werden“ (75%) deutlich. Diese Zustimmung ist weniger einem positiven Bedürfnis nach Partizipation gedacht, sondern der zunehmenden Politikkritik in der Altersgruppe der 16- bis 19-jährigen. Der Wunsch nach mehr direkter Partizipation entspringt also dem Gefühl, dass die politischen Parteien und ihre VertreterInnen nicht den Interessen ihrer WählerInnen gemäß agieren. Die wichtigsten Motive, die den im Rahmen des repräsentativen System handelnden Politikern und Politikerinnen von den Jugendlichen zugeschrieben werden, sind das persönliche Interesse an Geld, Macht und Anerkennung.

Wien-Politik aktuell: Das Parkpickerl und die Wiener Jugend

Besondere Sprengkraft im Segment der jungen Wiener und Wienerinnen hat das so genannte Parkpickerl. 60% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass die von dieser verkehrs-politischen Maßnahme Betroffenen auf jeden Fall die Möglichkeit bekommen sollten, vor der Einführung darüber abzustimmen. Die Frage der Parkraumbewirtschaftung ist für viele Jugendliche wohl ein exemplarisches Beispiel dafür, dass für die Politik zuerst die eigenen

ideologischen Interessen kommen und erst danach die Bedürfnisse und Überzeugungen der Bürger und Bürgerinnen. Vor allem bei Fragen der Verkehrspolitik fühlen sich viele junge Wiener und Wienerinnen, die nicht explizit mit den Grünen sympathisieren, als Zielobjekte einer Umerziehungskampagne, im Zuge derer sie in ein homogenes Heer von radfahrenden Ökofreaks verwandelt werden sollen. Ganz in diesen Kontext passt auch, dass 50% % der Wiener Jugendlichen der Auffassung sind, dass sich die Politik zu stark in die Lebenswelt der Menschen einmischt. In einer Gruppendiskussion wurde die Stellung der Jugend zu Politik und Staat von einer Teilnehmerin (18 Jahre, Schülerin) sehr pointiert formuliert: „Wenn die Politik schon nicht in der Lage ist, die Banken einzuschränken, damit sich diese nicht auf Kosten der Bürger bereichern, dann soll sie sich gefälligst auch nicht in unsere Ernährungs- und Trinkgewohnheiten einmischen und uns gefälligst auch rauchen lassen, wenn wir rauchen wollen.“

Um es auf den Punkt zu bringen: Viele Jugendliche sehen sich als Opfer einer schwachen Politik, die, weil sie sich gegen die Macht der Ökonomie nicht behaupten kann, ihre Erfolge in der Regulierung des Alltagslebens der machtlosesten Bevölkerungsgruppe, der Jugend, sucht.

Aktuelles gesellschaftspolitisches Thema: die Beschneidungsdiskussion

Was das religiöse Zeremoniell der Beschneidung im Judentum und im Islam betrifft, zeigt sich bei den Jugendlichen ein gespaltenes Meinungsbild. 47% sprechen sich für ein Verbot der Beschneidung aus, auch wenn diese von religiösen Motiven getragen wird. 42% positionieren sich dagegen. (Differenz auf 100%: Unentschlossene und Nicht-Deklarierte) Dieses Ergebnis macht deutlich, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen nicht bereit ist, einer Religionsgemeinschaft „Sonderrechte“ einzuräumen, die diese aus ihrem Glauben heraus begründet. Offensichtlich müssen aus der Sicht dieser jungen Menschen die Lebensregeln und Rituale, denen sich Menschen unterwerfen, wenn sie sich einer Glaubensgemeinschaft anschließen, mit dem säkularen Recht des Staates in Einklang stehen, andernfalls gilt es, darauf zu verzichten.

Die Sonntagsfrage im jungen Wählersegment der 16- bis 19-jährigen

Wie positionieren sich jungen Wiener und Wienerinnen parteipolitisch und was hat sich seit den Gemeinderatswahlen im Oktober 2010 verändert? Ein Vergleich der zwischen 13.8.2012 und 4.9.2012 erhobenen Daten der aktuellen „Jugendstudie Wien: Zwischen Pop, Job und

Politik“ und der „ErstwählerInnenbefragung“ des Instituts für Jugendkulturforschung zur Wien-Wahl im Oktober 2010 zeigt Verschiebungen in den Parteienpräferenzen der 16- bis 19-jährigen Wiener und Wienerinnen. Besonders stark betroffen ist die FPÖ. Sie verliert mehr als die Hälfte ihrer jungen Wähler und Wählerinnen und liegt gegenwärtig im Segment der 16- bis 19-jährigen bei 9,3% (2010: 23,1%).

Die Gründe für diesen dramatischen Einbruch liegen vermutlich in erster Linie im Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust, der den Freiheitlichen durch die Korruptionsvorwürfe, die sich gegen ihre Kärntner Landesgruppe richten, erwächst. Die Freiheitlichen insgesamt haben dadurch ihr Image als die ehrlichen Tribune, die unverbrüchlich an der Seite des einfachen Volkes stehen, verloren. Sie erscheinen nun offensichtlich großen Teilen ihrer Wählerbasis, nämlich den bildungsfernen und von Exklusion bedrohten sozialen Unterschichten, als Partei wie jede andere, deren Repräsentanten es in erster Linie um die Befriedigung von persönlichen ökonomischen und Macht- und Statusinteressen geht.

Neben der FPÖ hat auch die SPÖ mit der Abwanderung von jungen Wählern und Wählerinnen zu kämpfen. Wie die FPÖ scheint auch die SPÖ unter Imageverlusten aufgrund ihrer möglichen Verwicklung in Korruptionsaffären zu leiden. Stimmt diese These, so müsste sich die Situation der SPÖ aktuell noch schlechter darstellen, wurde die Umfrage doch noch vor dem dramatischen Hochkochen der Ereignisse rund um den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Korruptionsfällen der letzten Jahre durchgeführt.

Probleme mit den jungen Wählern und Wählerinnen könnte die Wiener SPÖ aber auch dadurch bekommen haben, dass sich diese aufgrund der Koalition mit den Grünen zum Teil möglicherweise eine akzentuiertere „linke“ Bildungs- und Sozialpolitik erwartet hätten.

Wie die Daten der „Jugendstudie Wien 2012: Jugend zwischen Pop, Job und Politik“ zeigen, hat die SPÖ ihre stärkste Bastion in den bildungsfernen Schichten. Dort ist sie mit Abstand die stärkste Partei. Diese Schichten sind es nun aber auch, die mit großer Sensibilität auf die Durchsetzung von klassischen grünen Themen – Stichwort „Parkpicker!“ – reagieren, wenn sie glauben, dass sie dadurch in ihren lebensweltlichen Freiheiten eingeschränkt werden. Die Akzentuierung von solchen, vor allem von den grünaffinen Wähler- und Wählerinnengruppen der inneren Bezirke getragenen politischen Ideen, könnte bei den exklusionsbedrohten Wähler- und Wählerinnenschichten der SPÖ in den Bezirken außerhalb des Gürtels weitere Abwanderungstendenzen hervorrufen.

Der Vergleich der Daten zur Wien-Wahl 2010 mit der aktuellen „Jugendstudie Wien 2012“ zeigt, dass sich die Grünen auf hohem Niveau stabilisiert haben. Ihnen gelingt es weit besser als den Sozialdemokraten, aus ihrer Regierungsbeteiligung politisch zu profitieren. Im Erstwählersegment liegt ihre Wählerbasis fast ausschließlich in den bildungsnahen Schichten. Diese sind offensichtlich mit dem Agieren der Grünen in der Rathaus-Koalition zumindest nicht unzufrieden. Typische grüne Themen, wie zum Beispiel die Verkehrspolitik, dürften diese Wähler- und Wählerinnengruppen bei der Stange halten.

Grundsätzlich ist die Beteiligung der Grünen an der Stadtregierung bei den jungen Wählern und Wählerinnen sehr gut angekommen. Fast zwei Drittel finden es positiv, dass die Grünen in Wien mitregieren. Gleichzeitig konnten die Grünen trotz ihrer Regierungsbeteiligung den Charakter einer Protestpartei erhalten. Nur ein Drittel der 16- bis 19-jährigen Wiener und Wienerinnen meinen, dass die Grünen zu angepasst seien und sich kaum mehr von den anderen Parteien unterscheiden. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Grünen, trotz ihrer engagierten Haltung in Migrationsfragen, im Segment der Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter punkten als die Wiener SPÖ.

Die ÖVP kommt bei den Wiener Erstwählern und -wählerinnen nicht vom Fleck. Sie steht im August 2012 dort, wo sie schon 2010 gestanden ist, bei rd. 7%.

Interessant auch das Ergebnis zu den Piraten: Obwohl sich die Hälfte der Wiener Jugendlichen von den Piraten einen frischen Wind für die Demokratie in Wien erwarten und ihnen damit positiv gegenüberstehen, können die Piraten bei der Sonntagsfrage kaum punkten. Sie liegen bei 3%. Offensichtlich sind sie zu wenig präsent und setzen zu wenig auf ihre klassischen Themen, die sich um die Freiheit des Individuums im Netz und in der Gesellschaft bewegen.

Interessant ist, dass die Abwanderung von FPÖ und SPÖ keiner anderen Partei zugute kommt. Die Verluste der FPÖ und SPÖ haben vielmehr ein Ansteigen des %satzes der deklariert ungültig Wählenden und der weiß Wählenden bewirkt. Im Spätsommer 2012 sahen 16- bis 19-jährige Wiener und Wienerinnen also kaum wählbare Alternativen zu SPÖ und FPÖ. Es wird sich zeigen, ob die Stronach-Partei in der Lage ist, in diese Lücke zu stoßen, und auch, ob es den Piraten gelingt, zu einer relevanten politischen Kraft für junge Wähler und Wählerinnen zu werden.

Migrationsoptimismus versus Migrationspessimismus

Die große Mehrheit der Wiener Jugendlichen steht Zuwanderung „sehr positiv“ bis „neutral“ gegenüber. Nur eine Minderheit von rd. 14 %, ist in Bezug auf MigrantInnen „sehr negativ“ oder „negativ“ eingestellt. Die urbane Jugend könnte in Zukunft demnach nur mehr sehr eingeschränkt ein Hoffungssegment für die FPÖ darstellen. Viel eher werden die FPÖ-Potentiale der Zukunft in den höheren Altersgruppen und in der ländlichen Bevölkerung zu suchen sein. Offensichtlich hat die tägliche Konfrontation mit Angehörigen anderer Ethnien und Kulturen bei den urbanen Jugendlichen zu einer größeren „Ambiguitätstoleranz“ geführt; d.h. die jungen Menschen haben gelernt, mit kulturellen Widersprüchen, Mehrdeutigkeiten und mit ästhetischen sowie ethischen Differenzen umzugehen. Was für die Jugend des ausgehenden 20. Jahrhunderts noch eine Bedrohung darstellte, ist für die Mehrheit der heute lebenden Wiener Jugendlichen zur Normalität geworden: die Multikulturalität.

Die Multikulturalität ist damit, nicht wie so oft behauptet, gescheitert, vielmehr beginnt gerade eine junge Generation sie wie selbstverständlich zu praktizieren. Wie beim Thema Homosexualität haben vor allem die bildungsnahen Jugendlichen bei Multikulturalität keinen Diskussionsbedarf mehr, weil ihnen beides völlig normal erscheint. „Eine Tatsache des sozialen Lebens ist genau so wenig diskutabel wie die Schwerkraft“, so eine 17-jährige Gymnasiastin aus Wien in einer im Dezember 2011 zum Thema „Migration“ durchgeführten Gruppendiskussion.

Jugendbild: was die Jugendlichen am meisten stört

Wir leben in einer Zeit, in der das konfliktreiche Miteinander der Generationen einem eher gleichgültigen, oft kaum vermittelten Nebeneinander gewichen ist. So jedenfalls wird es in vielen Kommentaren der letzten Jahre zum Generationenverhältnis beschrieben. Dennoch gibt es noch immer Etikettierungen, mit denen Erwachsene Jugendliche auf die Palme treiben können. Was am meisten aufregt, ist die Meinung vieler Erwachsener, dass die Jugend von heute faul und motivationslos sei. Auch als „Problemjugend“ und als „hedonistische Spaßgeneration“ lässt man sich nicht gerne punzieren. Nach Ansicht der Jugendlichen entstehen solche Vorurteile aufgrund eines lebensweltfernen „Tunnelblicks“ und einer grundsätzlichen Intoleranz gegenüber den Lebensstilen und Moden der heutigen Jugend. Grundsätzlich zeigt sich, dass die jungen WienerInnen nicht an abstrakten und abgehobenen Werten gemessen werden wollen, die allgemeine Gültigkeit beanspruchen. Vielmehr geht es ihnen darum, als Individuen in ihrer Eigenständigkeit und Besonderheit wahrgenommen und

beurteilt zu werden. Wenn auch sehr in den Hintergrund des Bewusstseins gedrängt, schimmert noch immer ihr Wille durch, ihr individuell Besonderes gegen die vereinnahmende Macht des Allgemeinen zu verteidigen.

Der komplette Studienband mit allen Detaildaten ist im freien Verkauf über das Institut für Jugendkulturforschung erhältlich: www.jugendkultur.at/shop/ – Rubrik [Studien](#)

- Basisband „Jugendstudie Wien 2012: Jugend zwischen Pop, Job und Politik“ (Tabellenband plus Überblicksgrafiken als Hard Copy) zum Preis von Euro 450.- exkl. 20% Ust.
- Modul 1 zur Jugendstudie Wien 2012 „Gesellschafts- und Stadtpolitik + Sonntagsfrage“ (Tabellenband plus Überblicksgrafiken zu den Themen „Gesellschaft und Politik“ sowie „Parteipräferenz – Sonntagsfrage“ als Hard Copy) zum Preis von Euro 170.- exkl. 20% Ust.
- Modul 2 zur Jugendstudie Wien 2012 „Bildungspolitik – Lehre und Universitätsstudium aus Sicht Jugendlicher“ (Tabellenband plus Überblicksgrafiken zum Thema „Einstellung zu bildungspolitischen Themen“ als Hard Copy) zum Preis von Euro 120.- exkl. 20% Ust.